



Björn Harmening

Das Ende der Demokratie

-Eine Presseschau zur Krise-



Ascia in Silva eBooks

-Gesellschaft-



Das Ende der Demokratie
-Eine Presseschau zur Krise-
© Ascia in Silva eBooks 2012
Alle Rechte beim Autor

Das Wort Krise hat inzwischen eine regelrechte Inflation erlebt, was seine Nutzung im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Entwicklung der USA und der EU-Staaten angeht. Erstaunlich dabei ist, dass selbst Experten offensichtlich die Übersicht auf Zusammenhänge der einzelnen Abschnitte einer durch den Immobiliencrash 2007 in den USA verursachten Krise verlieren. Trotz der deutlichen und noch immer vorhandenen, sich sogar ständig verschlimmernden Auswirkungen wird die Existenz einer Solchen zum Teil sogar verleugnet – zumindest im Bereich des Exportes aus Deutschland – oder man stellt die Folgen, wie z.B. die Überschuldung eines Großteils der EU-Staaten als eigenständige Krisen ohne Zusammenhang dar.

Der Vorwurf „man hätte dort über seine Verhältnisse gelebt“, wird als Pauschalbegründung für die prekäre Lage Griechenlands, Irlands, Spaniens, Portugals und Italiens herangezogen. Im Zuge dieses Textes wird noch weiter erläutert, welche Argumentation dazu genutzt wird und welche Auswirkungen der derzeitigen EU-Politik insgesamt noch zu erwarten sind. Zunächst erfolgt jedoch eine Betrachtung der Historie und Entwicklung der aktuellen Situation ab dem Jahr 2011 anhand von verschiedenen Zeitungsartikeln und Online-Texten, die einen Ausschnitt der Meldungen und Artikel von Oktober 2011 bis Mitte März 2012 zum Abschluss dieses Textes zeigen. Dabei kann und will ich keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit erheben, sondern lediglich einen Teil der Berichterstattung der deutschen Presse zu diesem Thema wiedergeben.

Im Anschluss an die einzelnen Abschnitte mit den Zitaten aus den Medien werden diese entsprechend von mir kommentiert und mit eigenen Ansichten versehen. Zum besseren Verständnis und flüssiger Lesbarkeit sind die Zitate aus Zeitungen, Magazinen und Internet jeweils in *Kursivschrift* dargestellt und deshalb nicht mit Fußnoten versehen.

Über die Berechtigung des Titels und seiner primären Aussage kann man sich natürlich streiten. Die Idee dazu ist entstanden, nachdem sowohl in Griechenland, als auch in Italien Regierungschefs eingesetzt wurden, die nicht vom Volk gewählt worden sind. Zudem betrachte ich die gesamte wirtschaftspolitische und vor allem volkswirtschaftliche Entwicklung in Europa sehr kritisch. Doch wie bei jeder These und Meinungsäußerung, lässt sich auch hierüber vortrefflich streiten.

Krise oder nicht?

Schauen wir zunächst noch einmal darauf, wie die Frage: Krise oder nicht? in den Medien behandelt wurde. Das Thema tauchte im vergangenen Jahr, das eigentlich als wirtschaftliches Boomjahr gilt, ab Mitte September 2011 wieder in verschiedenen Artikeln auf. Ein Kommentar in der „Süddeutschen Zeitung“ vom 12. Oktober beschäftigt sich z.B. mit dem Thema unter der Überschrift: „*Die Bürger zahlen alles*“ und untertitelt das noch mit der Aussage, dass bei der „*zweiten Bankenkrise*“ nun eine „*gigantische Rechnung*“ zu erwarten sei. Es folgt in dem Kommentar eine mehr oder weniger chronologische Aufzählung, wer in welcher Reihenfolge seit Krisenbeginn 2008 wen mit Milliarden gerettet hätte – und es fehlt auch nicht der Hinweis auf die Verhältnisse, über die einige Staaten „*manche mehr, manche weniger*“ gelebt hätten, was an der Verschuldung in Bezug auf das Bruttoinlandsprodukt (BIP) zu erkennen wäre. Deutschland zählt in diesem Kommentar zu den weniger „schuldigen“ Staaten, obwohl auch hierzulande der Schuldenstand rund 80% des BIP beträgt und das Land nur aufgrund seines sehr gut verlaufenden Exportgeschäftes nicht in ähnlicher Situation steckt, wie diejenigen EU-Staaten, denen man wie gesagt ein Leben über die Verhältnisse anlastet.

Etwas kritischer als der Kommentar wird die Lage Deutschlands in der „Süddeutschen Zeitung“ in einem Artikel vom 13. Oktober 2011 gesehen, der mit dem Titel „*Deutschland schrammt an Rezession vorbei*“ beginnt. Der Text stützt sich auf das sogenannte Herbstgutachten der Wirtschaftsinstitute (der so genannten fünf Weisen!), die zu diesem Zeitpunkt ein Wachstum von rund 0,8-1,2% erwarteten. Pessimistisch wird diese Einschätzung deshalb in dem Artikel dargestellt, denn „...*im Frühjahr 2011 hatten sie (die Wirtschaftsinstitute) noch mit 2,0% Zuwachs gerechnet*“. Ähnlich äußert sich die „TAZ“ aus Berlin einen Tag später am 14. Oktober mit der Überschrift „*Die Party ist vorbei*“. Auch in dem Artikel der als eher progressiv geltenden Zeitung wird dargestellt, dass die europäische Schuldenkrise höchstwahrscheinlich das Wirtschaftswachstum belaste. Eine Zwischenüberschrift benutzt ein zu diesem Zeitpunkt übliches Zitat vom „*Misstrauen der Märkte*“, welches die Politik „*nicht in den Griff*“ bekommen habe.

Im selben Kontext steht am 13.10.11 ein Artikel der „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ mit der Überschrift: „*Deutschland steht knapp vor einer Rezession*“. In dem Artikel wird neben den schon genannten Zahlen zur erwarteten Wirtschaftsentwicklung auch die Kritik der führenden Wirtschaftsinstitute an der Politik der EU-Länder und der Europäischen Zentralbank

(EZB) erwähnt. Diese sei „*zögerlich und widersprüchlich*“ gewesen, die Verantwortlichen hätten „*ständig auf Zeit gespielt*“ und ein Rettungspaket nach dem nächsten geschnürt, mit denen die Probleme aber nicht wirklich zu beheben seien.

Überraschend anders berichtet das „Neue Deutschland“ am 14.10.11 über die zu erwartende Entwicklung in Bezug auf die Krise in der Bundesrepublik. „*Gute Kassenlage durch die Krise*“ titelt das Blatt und beruft sich dabei – anders als die zumeist in der öffentlichen Meinung angenommenen Folgen von Kreditvergaben an Griechenland – auf zum einen die zu erwartenden Zinsen in Höhe von 400 Millionen Euro für Deutschland. Zum anderen wären die eigenen Zinsen, welche Deutschland für seine Schulden zu zahlen hätte auf einem historischen Niedrigniveau. Es gäbe eine starke Nachfrage von Anlegern nach „*sicheren Häfen*“ für ihr Geld. Dazu zählten Gold, Schweizer Franken und eben deutsche Schuldtitel.

Die Eingangsfrage, ob es nun wieder eine Krise gibt oder nicht, kann jedoch nicht allein an der Situation Deutschlands festgemacht oder beantwortet werden. Die Bundesregierung hat die Erwartungen für das Wachstum in 2012 übrigens im Februar dieses Jahres auf 0,7% abgesenkt. Der Export erweist sich zwar weiterhin als stabil, wird aber hauptsächlich durch Ausfuhren in die USA und die so genannten Schwellenländer wie Russland, China, Indien und Brasilien getragen. Auch der Binnenmarkt scheint überraschend stabil zu bleiben, wie eine Onlinemeldung der „Financial Times Deutschland“ vom 23.2.2012 über den so genannten Ifo-Index als Stimmungsbarometer der deutschen Wirtschaft darstellt. Trotzdem schauen dem Artikel zufolge die Experten weiterhin kritisch auf die Eurokrise und den hohen Spritpreis. Es gibt z.B. im Bereich der Automobilindustrie eine deutliche Abschwächung der Verkäufe in das westeuropäische Ausland, was angesichts der verheerenden Sparpakete in Spanien, Italien, Portugal und Griechenland nicht verwunderlich ist. Diese Abschwächung wird sich in den folgenden Jahren mit Sicherheit noch verstärken, denn die betroffenen Länder werden sich nicht erholen, wenn man die Kaufkraft dort immer weiter abwürgt, aber keine Investitionen zulässt. Insgesamt kann man sicher behaupten, dass die Krise der Finanzmärkte und in Folge der Volkswirtschaften, denn die leiden letztlich darunter, weiter schwelt und es an vielen Stellen auch zum Brand kommt, um bei dem Bild zu bleiben. Eine abschließende Bewertung meinerseits erfolgt zum Abschluss dieses Textes.

Auswirkungen der Krise und Situation der EU Staaten:

Griechenland dient als exemplarisches Beispiel für eine Aneinanderreihung von Fehlentscheidungen und auch gewollten Folgen des wirtschaftlichen Kurses, den die EU seit Jahrzehnten fährt. Die Vorwürfe, die man an das Mittelmeerland in Bezug auf Korruption, einen aufgeblähten Beamtenapparat, eine zu laxen Steuergesetzgebung und Misswirtschaft richtet, sind vielleicht teilweise berechtigt, aber mit Sicherheit nicht die eigentlichen Ursachen für die Situation, in der sich das Land inzwischen befindet. Während des drohenden Zusammenbruches des Bankensystems in 2008/09 hat auch Griechenland Milliarden Euro an Steuergeldern aufgewendet, um die Banken zu retten, die danach angaben, kein Vertrauen mehr in die griechische Wirtschaftskraft zu haben. Im Gegensatz zu Deutschland hat das Land tatsächlich nicht annähernd die gleiche Ausfuhrbilanz aufzuweisen – das ist im Übrigen generell ein Problem in der Währungsunion der EU, die jedoch keine wirkliche Wirtschafts- und erst recht keine Sozialunion aufzuweisen hat.

Am Beispiel der Bundesrepublik und der unterschiedlichen Wirtschaftssituation der einzelnen Bundesländer kann man das vielleicht einmal erklären. Die Stadt Bremen als Bundesland hat nun mal eine andere Grundlage, als z.B. Bayern. Genau deshalb gibt es den Länderfinanzausgleich, die Stärkeren stützen die Schwächeren, was auch gerecht ist, denn die Ansiedlung von Großindustrie hat eher historische Gründe, als dass sie politischer Erfolg bestimmter Parteien ist. Ebenso verhält es sich mit den ostdeutschen Ländern, die seit der Vereinigung mit einer riesigen Menge an Finanztransfers bedacht wurden und noch immer werden. Hätte man hier die gleiche Struktur gewählt, wie sie die EU mit ihrer reinen Währungsunion betreibt, dann wären Bundesländer wie Thüringen und Brandenburg ebenso wie Bremen oder Schleswig-Holstein schon längst pleite. Genauso kann man nicht erwarten, dass alle EU-Länder plötzlich Exportweltmeister werden – es wird immer wirtschaftliche Unterschiede geben. Wenn man eine wirkliche Union will, dann muss man auch auf Dauer Transferleistungen akzeptieren.

Doch zunächst zurück zu Griechenland, wie es in der Presse gesehen wird. Dabei gehe ich hier nicht auf die unsägliche Kampagne von „BILD“ und anderen Revolverblättern mit ihren wüsten Beschimpfungen und Falschbehauptungen ein, obwohl sich auch die seriöse Presse durchaus zu Polemik hinreißen lässt. Die von den Hellenen eingeforderten Sparmaßnahmen als Voraussetzung für Hilfspakete der EU begannen im vergangenen Jahr vor allem mit Steuererhöhungen, die zum Teil kuriose Züge in der Form ihrer Erhebung an-

nahmen. *„Griechenlands öffentliches Leben kommt allmählich zum Erliegen“* schreibt das „Neue Deutschland“ am 14.10.11 in einem Artikel, der sich mit den Streikwellen vor allem im öffentlichen Dienst befasst. Dabei befanden sich z.B. die Beschäftigten der teilstaatlichen Stromgesellschaft DEI im Ausstand, um damit die Versendung der Stromrechnungen zu verhindern, über die zugleich eine neue Sondersteuer für Immobilienbesitzer erhoben wurde. Diese traf wohl hauptsächlich die Bewohner kleiner Häuser – was aber auch aufzeigt, dass das Steuersystem in Griechenland in der Tat reformierungsbedürftig ist; allerdings gilt dies vor allem auch für Steuern von Vermögenden und Unternehmen.

„Griechen müssen noch mehr sparen“, schreibt die „Süddeutsche Zeitung“ am 12. Oktober 2011 und berichtet, dass die Sparzwänge, die man dem Land auferlegt noch lange nicht ihr Ende gefunden haben. Die inzwischen eingerichtete „Toika“ aus Europäischer Zentralbank (EZB), Internationalem Währungsfonds (IWF) und EU, bestehend aus entsprechenden Inspektoren, überprüfen die Fortschritte der als Reformen dargestellten Verschlechterungen, die vor allem wieder Rentner, Arbeitnehmer und Sozialhilfeempfänger treffen. Das den Griechen zu diesem Zeitpunkt aufgezwungene Paket sieht Privatisierungen von Staatseigentum, Einschnitte im Staatsapparat durch Abbau von 30.000 Stellen, große Gehaltseinbußen für die Beamten, gekürzte Renten und dergleichen mehr vor. Die Regierung steht offensichtlich dahinter, denn in dem Bericht der Zeitung wird Finanzminister Evangelios Venizelos mit den Worten zitiert: *„In den nächsten zwei Wochen werden wir vollenden, was jahrelang versäumt wurde“*.

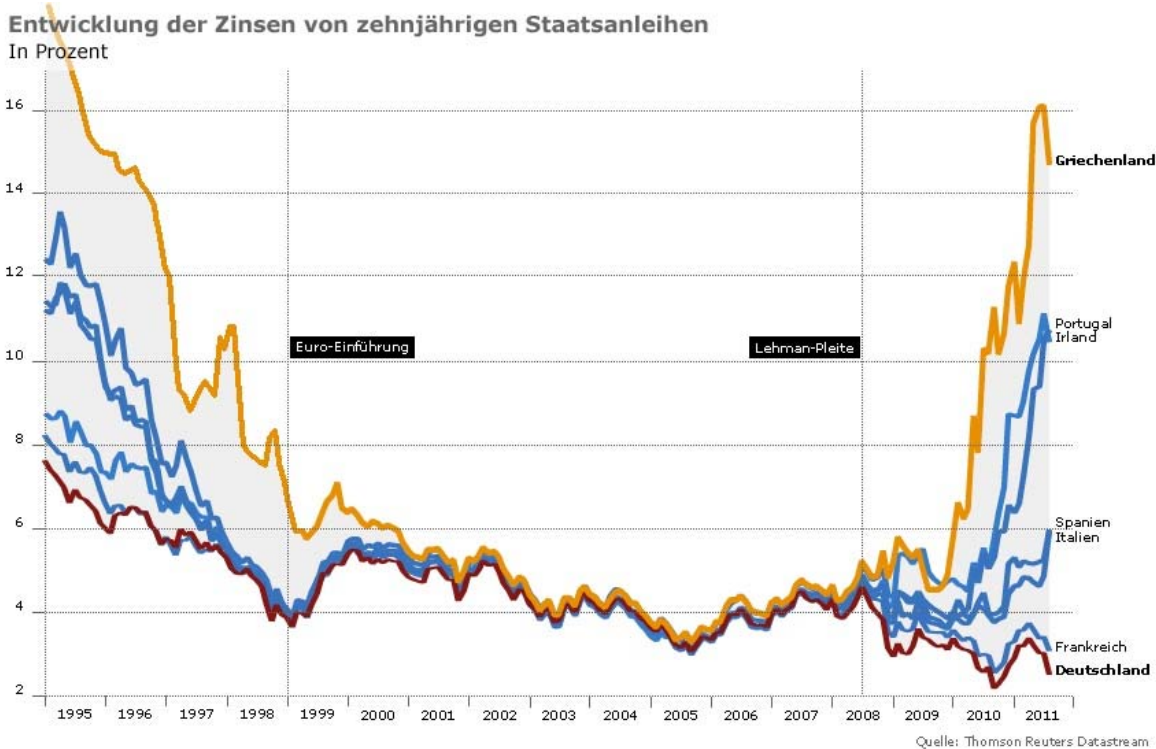
Gleichzeitig geht der Artikel auf die ebenfalls noch immer schwelenden Bankenkrise in Bezug auf deren Eigenkapitalversorgung ein. Während es zu dem Zeitpunkt bei Griechenland in einem ersten Notkredit zunächst um acht Milliarden Euro geht, wird bei den Banken ein Bedarf von *„...etwa 100 Milliarden Euro an frischen Mitteln“*, gesehen. Allerdings findet sich in der Presse weder im Boulevard noch im „seriösen“ Teil ähnliche Kritik an den Geldinstituten, wie eben an den Griechen.

Die eben dargestellte Akzeptanz der hellenischen Regierung zu den Sparpaketen wurde aber offensichtlich nicht von allen Mitgliedern geteilt oder änderte sich im Lauf der Entwicklung, denn der damalige sozialistische Ministerpräsident Papandreou entsetzte am 1. November 2011 die europäische Union mit einer geplanten Volksabstimmung zum so genannten Rettungspaket für Griechenland. *„Die Börsenkurse stürzen ab, EU-Minister zeigen sich*

empört, selbst ein Euro-Aus für Griechenland ist plötzlich im Gespräch“, schreibt „SPIEGEL-Online“ am selben Tag. Die Reaktion der anderen EU-Länder waren in der Tat für angeblich demokratische Regierungen mehr als eigenartig, wollte Papandreou doch nur das machen, was Politiker in schönen Sonntagsreden auch immer vorschlagen: das Volk beteiligen – und das erst recht bei einer derartig existenziellen Entscheidung. Als Folgeerscheinung der Ankündigung des griechischen Ministerpräsidenten – und hier zeigt sich die ganze Perversität des Systems – fielen die Aktienkurse. *„Die Märkte reagieren nervös. Der deutsche Aktienindex (DAX) lag am Vormittag bis zu vier Prozent im Minus“*, ist in dem Online-Artikel des „SPIEGEL“ weiter zu lesen. Und dies wird wohl auch einer der Hauptmotive für die europäischen Kollegen Papandreous gewesen sein, den Druck auf ihn und seine Regierung immens zu erhöhen.

Am 4.11.11 schreibt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ in ihrem Wirtschaftsteil, dass *„Doch kein Referendum in Griechenland“* stattfinden würde. Der griechische Ministerpräsident hatte der Meldung zufolge nach einem Treffen seines Kabinetts die Ankündigung des Referendums zurückgezogen. Der Druck der anderen EU-Staaten und des IWF waren offensichtlich zu groß geworden. *„...zuvor hatten sich die EU-Staaten ausdrücklich auch auf den Austritt Griechenlands aus der europäischen Währungsunion vorbereitet“*, heißt es weiter. Der zu dem Zeitpunkt wieder einmal tagende G20 Gipfel in Cannes diente als Rahmen für diese Drohkulisse und die deutliche Ansage an Papandreou, dass man die Finanzhilfen einfrieren würde. Die gesamte Situation führte schließlich dazu, dass der Ministerpräsident bei einer Vertrauensfrage im Parlament scheiterte und es zu einer Übergangsregierung unter dem früheren Vizepräsident der EZB, Lucas Papademos kam – einem somit nicht gewählten Finanzfachmann, der bis zur Neuwahl eine große Koalition anführt.

Die finanzielle Lage Griechenlands bessert sich indes trotz Sparpakete und Finanzspritzen nicht wirklich. Die Zinsen, die das Mittelmeerland für seine Staatsanleihen bezahlen musste und muss, schossen beinahe täglich weiter in die Höhe. Amerikanische Ratingagenturen schossen sich regelrecht auf das Land ein und erzeugten damit einen weiteren Anstieg der Zinsen. Die folgende Graphik zeigt die Situation um die Jahreswende im Vergleich der EU-Staaten einmal auf.



Während Länder wie Deutschland für ihre Anleihen zeitweise sogar „Negativzinsen“ erhalten haben, stieg der Zinssatz für Griechenland von einst rund sechs Prozent auf über 16% und erhöhte den Schuldenstand auf diese Weise. Kein Land kann eine derartige Belastung über einen längeren Zeitraum aushalten. Die Folgen davon sind die beinahe Zahlungsunfähigkeit des Landes. Die „Frankfurter Rundschau“ stellt die Situation am 10.1.2012 in einem Wirtschaftsartikel dar. *„Griechenland droht der unkontrollierte Staatsbankrott“*, lautet der Titel des Artikels. Er berichtet über die beinahe schon verzweifelt anmutenden Bemühungen des Übergangspräsidenten Papademos, *„...das Land vor dem Schlimmsten zu bewahren“*. Die Wirtschaftsleistung schrumpfte dem Artikel zu folge in 2011 um 5,5%, gleichzeitig laufen am 20.März 2012 Staatsanleihen in Höhe von rund 14,5 Milliarden Euro aus und müssen dann entsprechend zurückgezahlt werden. Die Arbeitslosenquote schnellte – nicht überraschend – auf beinahe 18% hoch, obwohl das Land *„seit Mai 2010 mit einem ersten Rettungsfondspaket von den ausländischen Geldgebern über Wasser gehalten wird“*.

Der IWF gibt sich mit all den Anstrengungen und Strukturreformen jedoch noch nicht zufrieden und fordert den weiteren Abbau von 150.000 Stellen im Staatsapparat und auch die Schließung staatlicher Firmen, was zu Massenentlassungen führen könnte. Ziel sei es, das Land um effektiv rund 100 Milliarden Euro entlasten und die Schuldenquote somit von derzeit 160% des Bruttoinlandsproduktes auf 120% zu senken. Wie dies jedoch angesichts der

zu erwartenden Massenarbeitslosigkeit und einem dementsprechend negativen Wirtschaftswachstum gelingen soll, kann nicht einmal die Troika aus EU, EZB und IWF beantworten.

Etwas über einen Monat später, am 21.2.2012 berichtet die „Frankfurter Rundschau“ über die *„Komplizierten Details“* des inzwischen verabredeten zweiten Rettungspaketes für Griechenland in Höhe von 130 Milliarden, an das weitere Spar- und Reformmaßnahmen geknüpft sind. Dazu zählen geforderte 3,3 Mrd. Euro allein im Jahr 2012 und *„das Bekenntnis der Parteiführer von Sozialisten und Konservativen, auch nach den für April geplanten Parlamentswahlen am Reformkurs festzuhalten“*, so der Bericht weiter. Kritiker würden demnach den Eurostaaten und dem IWF vorwerfen, *„mit diesem Ansatz Griechenland kaputt zu sparen“*.

Der Druck auf Athen wird jedoch weiter aufrechterhalten und es droht ständig das Dammoklesschwert der Vertagung der notwendigen Kredite. *„Athen erfüllt immer noch nicht alle Bedingungen, um an weitere Finanzspritzen zu kommen“*, schreibt die „Braunschweiger Zeitung“ am 16.2.12 dazu. In einer Graphik wird noch einmal dargestellt, welche Maßnahmen zum Sparen erwartet werden. Anheben der Mehrwert- und Vergnügungssteuer, Privatisierung von 30 Staatsbetrieben, Entlassungen im öffentlichen Dienst, Kürzung bei den Sozialleistungen, Rüstungsausgaben, Investitionen und Steuerfreibeträgen, Anhebung des Rentenalters und der Verkauf staatlicher Immobilien und Infrastruktur – also alle neoliberalen Elemente, die vielleicht kurzfristig helfen, auf längere Sicht jedoch die Einnahmen und Investitionen des Staates zurückschrauben und vor allem die Kaufkraft vernichten.

Die weitere Diskussion um die „Rettung“ des Landes setzt sich am 27.2.2012 mit einer vom deutschen Innenminister Hans Peter Friedrich (CSU) getätigten Äußerung fort, der kurz vor der Abstimmung über das Hilfspaket im Bundestag am 28.2.12 öffentlich davon spricht, dass *„man Griechenland aus der Währungsunion entlassen“* müsse, damit das Land eine eigene Währung bekommen und diese zu seinen Gunsten abwerten und somit Wettbewerbsfähigkeit aufbauen könne. Dass dies angesichts einer vollkommen anderen Aussage der Kanzlerin Angela Merkel mehr als deutlich zeigt, in welchem Zustand die Regierungskoalition sich befindet, sei hier nur am Rand erwähnt. Die als Ziel ausgegebene sogenannte Kanzlermehrheit von 311 Stimmen im Bundestag wurde verfehlt. Trotzdem ist das Hilfsprogramm von 130 Milliarden Euro, das bis 2014 in mehreren Tranchen vom Ret-

tungsfonds ESFS ausgezahlt wird, von der Mehrheit der Abgeordneten beschlossen worden.

Dass es sich bei den überschuldeten Staaten innerhalb der EU nicht nur um Griechenland handelt, zeigen der nächste Abschnitt des Kapitels und die dementsprechenden Artikel aus den Medien dazu. Allerdings versuchen die jeweiligen Länder jede Parallele zu Griechenland zu vermeiden. *„Wir sind nicht Griechenland“* *„Portugal und Irland versuchen sich abzugrenzen/ Reformbemühungen in Italien“*, titelt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ am 3.11.2011 in ihrem Wirtschaftsteil. Darin wird aufgezeigt, dass sich z.B. die portugiesische Regierung deutlich von dem Vorhaben Griechenlands bezüglich der oben schon erwähnten Volksbefragung distanzierte. *„Es ist wichtig, dass Portugal als stabiles Land angesehen wird, das zu seinen Versprechen steht, die es gegeben hat“*, wird in dem Artikel der Außenminister Paulo Portas zitiert. *„Auch der irische Finanzminister Michael Noonan versucht, sein Land von Griechenland abzugrenzen. Die irische Wirtschaft, die in den vergangenen Monaten Anzeichen einer Erholung gezeigt hat, habe mit den griechischen Problemen nichts gemein“*, heißt es weiter. Auch der sich zu dem Zeitpunkt des Artikels noch im Amt befindliche italienische Ministerpräsident Silvio Berlusconi war noch vor dem G 20 Gipfel bemüht, angehende Wirtschaftsreformen zu beschließen – allerdings gab es dem Bericht zufolge starke Differenzen zwischen ihm und seinem Finanzminister.

Insgesamt ist festzustellen, dass trotz aller Bekundungen und Abgrenzungen von Spanien, Portugal, Italien und Irland trotzdem ähnliche, wenn auch vom Umfang her nicht so extreme, wirtschaftliche Schwierigkeiten bestehen. Die Renditen der Staatsanleihen sind gesunken und die Zinsen entsprechend in allen Fällen gestiegen. Die auch in diesen Ländern aufgelegten Sparprogramme richten sich – wie in Griechenland – vor allem gegen die Kaufkraft durch Kürzungen im sozialen Bereich und bei den Arbeitnehmerrechten. *„Die neue konservative Regierung von Ministerpräsident Mariano Rajoy (Spanien) will das Land mit einem harten Sparkurs aus der Krise führen“*, schreibt die „Frankfurter Rundschau“ am 9.1.2012. Zuvor wird in dem Artikel die negative Wirtschaftsentwicklung der Iberer mit rund -1,5% in 2012 nach zuvor -0,3% im Vorjahr dargestellt. Die selbe Zeitung berichtet am 16.2.2012 über die *„harten Maßnahmen“*, welche die spanische Regierung am 15. Februar verkündet hat. *„Der Kern der Reform: den Unternehmen wird es leicht gemacht, die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern oder ihre Beschäftigten zu einem geringen Preis zu entlassen“*, erfährt man aus dem Bericht. *„Je leichter ein Unternehmer seine Beschäftigten*

feuern kann, umso leichter wird er unter Vertrag genommen“, führt der Artikel mit durchaus kritischem Unterton fort.

Der „SPIEGEL“ titelt in seiner Ausgabe 8/2012 *„Am Tropf der Subventionen“* und beschreibt die Lage Portugals, wobei auch hier deutlich wird, dass die bisher gezahlten 78 Milliarden Euro aus dem EFSF nicht ausreichen. Die Neuverschuldung des iberischen Landes wird mit ca. 4,5% des BIP und einem Handelsbilanzdefizit von -15,5 Milliarden Euro angegeben. Beide Werte betragen etwa die Hälfte der im Vergleich dazu dargestellten Werte Griechenlands. Trotzdem verschlechtert sich die Lage offensichtlich drastisch. *„Portugal steckt in einer tiefen Rezession. Die meisten Leute haben wegen der drastischen Sparmaßnahmen deutlich weniger Geld zur Verfügung. Weil die Binnennachfrage einbricht, steigt die Arbeitslosigkeit auf ein Rekordniveau“*, ist in dem Artikel zu lesen.

Auch andere Länder, die nicht so häufig in den Medien stehen, haben ihre Schwierigkeiten innerhalb der Schuldenkrise. Wiederum die „Frankfurter Rundschau“ stellt am 9. Januar 2012 eine Überschrift ein, die zunächst an vergangene K&K-Zeiten erinnert: *„Österreich-Ungarn wackelt“*, lautet der Titel. Gemeint ist jedoch nur eine „Kreditunion“ zwischen den beiden ehemals verbundenen Staaten. In Schwierigkeiten befindet sich das erzkonservativ-nationalistisch regierte Ungarn unter Ministerpräsident Viktor Orban, der Anfang Januar *„zum Krisentreffen rief“*, wie zu lesen ist, denn *„die Regierung Ungarns versucht verzweifelt, eine Pleite des Landes zu verhindern“*. Hier ist dem Artikel zufolge der Hintergrund der, dass *„Finanzanleger aus riskant eingestuften Ländern flüchten, unter anderem aus Ungarn“*. Aber ein Scheitern und eine Pleite Ungarns wären offensichtlich nicht so schlimm, denn *„Ungarn trage nur 0,8% zur EU-Wirtschaftsleistung bei. Nach Ungarn gehen nur etwa 1,3% aller deutschen und rund 0,6% aller französischen und italienischen Exporte“*, wie es weiter heißt. Dieser Absatz macht aus meiner Sicht deutlich, worum es im Kern der Sache geht!

Besonderes Interesse gilt als drittgrößter Volkswirtschaft innerhalb der EU jedoch Italien und seiner Situation. Auch hier hat es einen Wechsel in der Regierung gegeben und auch hier wurde mit Mario Monti ein nicht vom Volk gewählter Wirtschaftswissenschaftler aus dem neoliberalen Lager mit dem Amt des Premiers betraut. Er setzt auch hier den bereits bekannten Kurs des „eisernen Sparens“ fort. *„Die Zukunft Europas hängt von Italien ab“*, zitiert die „Süddeutsche Zeitung“ in einem Titel am 18.11.2011 den neuen Mann an der

Spitze des Landes. *„Haushaltsdisziplin, Wachstum und Sozialverträglichkeit“*, so der Artikel, seien die drei Säulen der neuen Politik Montis. Im Bereich der letztgenannten Säule hat er jedoch die gleichen Rezepte verwendet, die auch in den anderen EU-Staaten gelten: Verschlechterungen im Bereich der Renten, Sozialhilfen und Jobs und Entgelte im öffentlichen Bereich. Damit ist er dem Bericht der *„Süddeutschen Zeitung“* wieder gerecht geworden. *„Das neue Kabinett muss harte Maßnahmen umsetzen. Das kann nur funktionieren, wenn es den Bürgern verständlich erklärt wird“*, wird in dem Text erläutert. Dass Monti dafür keinen Vertrauensvorschuss erhält, ist im letzten Absatz zu erkennen, der sich um die Proteste in Italien gegen diese Politik dreht. *„Die Protestierer wollen keine Technokraten-Regierung und keine Regierung der Banken“*.

Neben Papademos in Griechenland ist auch Monti in Italien ein Vertreter des Finanzkapitals – beide sind derzeit ohne Votum der Wähler in ihrer Position und entscheiden mit den Sparpaketen über einen nicht unbeträchtlichen Teil der Einkommens- und Lebenssituation vor allem der Arbeitnehmer, Rentner und Sozialhilfeempfänger. Das ist in dem jeweiligen Land bereits bedenklich genug, denn eine demokratische Legitimation gibt es für diese politische Richtungsentscheidung nicht unbedingt. Allerdings treffen vor allem auch außerhalb Griechenlands und Italiens Politiker Entscheidungen, die sich unmittelbar auf die Situation der verschuldeten Länder auswirkt. Hier drängen vor allem Angela Merkel und Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy auf die Durchsetzung ihrer Interessen – und zwar in einer derartigen Vehemenz, dass sie schon als „Merkozy“ und „Duo Infernal“ bezeichnet werden.

Duo Infernal als Gipfelstürmer:

Als Lösungsansatz für die sich immer weiter verschärfende Situation der verschuldeten Länder in Bezug auf den Anstieg der Zinsen – vor allem auch auf Reaktion auf die Bewertungen der so genannten Rating-Agenturen – gab es Vorschläge z.B. aus den Reihen der EU-Kommission, eine gemeinsam Euro-Anleihe unter dem Dach der EZB zu installieren, um damit einen einheitlichen Zinssatz zu erzielen und die heftigen Spekulationen gegen den Euro, die absichtlich von einigen Finanzmarktakteuren gesteuert werden, einzudämmen. Doch mit diesen Vorschlägen stieß, allen voran EU-Kommissionschef Manuel Barroso, auf den heftigen Widerstand von Bundeskanzlerin Angela Merkel und Frankreichs Präsident Sarkozy. *„Merkel erteilt Euro-Anleihen klare Absage“*, lautet der Titel der *„Süddeutschen Zeitung“* am 18.11.11 zu dem Thema. *„...sogenannte Eurobonds könnten die Schuldenkrise der EU nicht lösen“*, war dem Bericht zufolge die Reaktion der Kanzlerin. Hinter-

grund dazu war sicherlich u.a. die Tatsache, dass gemeinsame Anleihen der Eurostaaten für viele Länder günstiger würden, für Deutschland aber etwas teurer, weil der Zinssatz entsprechend angeglichen werden würde. Stattdessen gelten bei Merkel immer noch die „*Budgetdisziplin*“ und die bereits dargestellten Reformen.

Der Präsident der EU-Kommission blieb jedoch bis dato hartnäckig. *„Barroso dringt auf Euro-Bonds“*, schreibt die Online Ausgabe der „Zeit“ am 21. November 2011, demnach der Portugiese seine Planungen für die gemeinsamen Anleihen ausweiten und drei Varianten vorstellen wollte. Dabei stützte er sich auf eine Studie im Auftrag der EU-Kommission, nach der die Euro-Bonds die EU *„stabilisieren, den Finanzsektor widerstandsfähiger und die Refinanzierung der Schulden billiger“* machen würde. Dabei schlägt die EU Kommission drei unterschiedlich „harte“ Varianten vor, bei denen nicht unbedingt eine Änderung des „Lissabon-Vertrages“ zur Währungsunion geben müsste. Während Barroso also deutlich für eine gemeinsame Regelung der Schuldenkrise plädierte, unternahmen Merkel und Sarkozy Gespräche mit anderen Staatschefs. *„Am Donnerstag wollen sich Bundeskanzlerin Merkel und Frankreichs Staatspräsident Nicolas Sarkozy mit dem italienischen Ministerpräsidenten Mario Monti treffen. Der neue italienische Ministerpräsident gilt als Befürworter von Euro-Bonds. Berlin lehnt eine direkte Beteiligung der EZB strikt ab“*, heißt es in der Onlinemeldung über die Bemühungen des „Duo Infernal“ weiter.

Über die Themen auf einem der etlichen EU-Gipfel, die seit Beginn der Krise bereits durchgeführt wurden, berichtet die „Salzgitter Zeitung“ am 8. Dezember 2011. *„Strafe für Defizit-Sünder, Gelder für Krisenfonds“*, lautet die Überschrift des Artikels. Die einzelnen Punkte, die auf dem Gipfel besprochen wurden, werden aufgelistet. Mehr Haushaltsdisziplin mit der Verpflichtung der Staaten zum Schuldenabbau, ein zweites Griechenland Paket, der so genannte Hebel des Rettungsfonds EFSF und ein erweiterter Fonds ESM, eine Ausweitung der Aufgaben der EZB beim Ankauf von Anleihen, die stärkere Beteiligung des IWF und die Frage der Eurobonds werden als Themen dargestellt. Zwei Tage zuvor berichtete die „Salzgitter-Zeitung“ unter der Überschrift *„Schuldensünder sollen Strafe zahlen“* bereits über die gemeinsame Linie von Merkel und Sarkozy, die sie verabredet hatten. Demnach strebten die beiden Politiker *„neue europäische Verträge“* an. *„Sie bevorzugen einen neuen Vertrag aller 27 EU-Staaten, sind aber entschlossen, notfalls einen Vertrag nur der 17 Euro-Länder abzuschließen“*. Sanktionen für Schuldensünder sollen automatisch erfolgen, eine Schuldenbremse soll in die jeweiligen Verfassungen aufgenommen werden,

die Europäische Zentralbank soll „unabhängig“ bleiben, darin „sind Merkel und Sarkozy sich außerordentlich einig“. Gemeinsame Eurobonds sollen abgelehnt werden und die Bildung einer regelmäßig tagenden „Wirtschaftsregierung“ wird angeregt.

Mit den meisten dieser Punkte setzt sich das deutsch-französische Duo schließlich durch. Allerdings schoss der britische Premierminister David Cameron heftig dazwischen und lehnte die „neue Fiskalgemeinschaft“ ab, wie die „Frankfurter Rundschau“ in ihrer Wochenendausgabe vom 10./11. Dezember 2011 schreibt. Die harte Haltung des Briten wurde entsprechend innerhalb der EU kritisiert. Die weiteren Ergebnisse werden in der Zeitung unter der Überschrift „Mit Mängeln und Fehler“ bewertet. „...Eine Schuldenbremse zwingt einen Staat zum Sparen, wenn die Konjunktur länger schlecht läuft und die Wirtschaft eigentlich staatliche Mehrausgaben braucht“, lautet eines der kritischen Argumente gegen die Beschlüsse. „Ein Land muss künftig jedes Jahr den Teil seiner Schulden, der über 60 Prozent seiner Wirtschaftsleistung liegt, um ein Zwanzigstel verringern. Dies wird über lange Zeit das Wirtschaftswachstum in Europa drücken, denn der Staat fällt als Nachfrager zunehmend aus“, wird weiterhin ausgeführt.

Diese Kritik macht deutlich, dass eigentlich mehr Investitionen aus staatlichen Mitteln notwendig wären, um der Krise zu begegnen. Verwunderlich ist in diesem Zusammenhang auch immer wieder die Tatsache, dass Deutschland während der Bankenkrise 2008/9 ja genau dies mit den beiden Konjunkturpaketen, der Ausweitung von Kurzarbeit und z.B. der so genannten Abwrackprämie getan hat und damit erfolgreich gewesen ist, wie die derzeitige Lage zeigt. Die Arbeitsplätze – zumindest der Stammbeschafteten – blieben erhalten, was den Unternehmen nun zugutekommt, weil die gut ausgebildeten Belegschaften im Betrieb blieben und zudem die Kaufkraft erhalten blieb. Die derzeitige Politik der Bundesregierung kann also eigentlich nur mit „Fräulein Merkels Gespür für Macht“ zusammenhängen. Sie tritt in Europa inzwischen so selbstbewusst auf, dass sie in einigen Medien bereits als „Die Königin von Europa“ betitelt wird – in griechischen wird sie allerdings auch mit faschistischen Führern verglichen.

Ihrem französischen Partner kommt sie beim anstehenden Wahlkampf um die Präsidentschaft inzwischen zur Hilfe, indem sie Vorschläge von ihm unterstützt. „Merkels Geschenk für Sarkozy“, lautet die Überschrift in der „Frankfurter Rundschau“ am 10. Januar 2012 zu diesem Thema. „Bei einer bedeutenden wirtschaftspolitischen Reform folgt Deutschland

Frankreich – und nicht umgekehrt, wie sonst üblich. Sie begrüße, dass Sarkozy bei der Finanztransaktionssteuer Nägel mit Köpfen mache“, wird in dem Artikel erklärt. Die ist übrigens einer der typischen „Wendepunkte“ in der persönlichen Politik Angela Merkels. Die z.B. bereits 2008 von der IG Metall geforderte Steuer auf Finanzgeschäfte wurde von ihr bisher als nicht machbar abgelehnt, weil niemand in Europa und der Welt sich daran beteiligen würde. Der plötzliche Sinneswandel verwundert den Leser des Artikels der „FR“ vielleicht, doch einige Absätze weiter erfährt man, dass *„...das Bekenntnis zur Finanztransaktionssteuer Merkel bisher nicht wehtat. So lange sie darauf pochte, dass eine solche Belastung für kurzfristige Börsengeschäfte nur kommen kann, wenn der Finanzplatz London mitmacht, war klar: liefern muss sie nicht“.*

Dennoch scheint sie damit auch ansonsten eher kritische Geister zu überzeugen. *„Attac begeistert von Merkel“.* Mit dieser Überschrift – wieder in der Frankfurter Rundschau“ vom 10. Januar 2012 wird erneut auf die Unterstützung der Kanzlerin für eine Finanztransaktionssteuer eingegangen. *„Wir sehen uns in unserer Überzeugung bestärkt, dass die Finanztransaktionssteuer in der Euro-Zone bald kommen wird“,* zitiert die „FR“ den Attac-Experten Detlev von Larcher. Ihren Koalitionspartner FDP *„vergrätzte“* Merkel damit dem Artikel zufolge, denn die Partei von Philipp Rösler ist natürlich strikt dagegen, und sie hatte Erfolg mit ihrem Veto, wie sich weiter unten noch zeigt. Allerdings scheinen sowohl die Furcht noch die freudige Erwartung der Steuer bisher nicht notwendig zu sein, denn es ist derzeit (März 2012) keine Rede mehr davon – und meine persönliche Einschätzung ist, dass dieses Thema wieder einmal ausgesessen wird. Die enge Zusammenarbeit zwischen Merkel und Sarkozy könnte indes nach der Wahl in Frankreich ein jähes Ende nehmen, wenn die derzeitigen Umfragen stimmen. Der sozialistische Bewerber um das Präsidentenamt, Francois Hollande, hat einen deutlichen Vorsprung vor dem Amtsinhaber und hat bereits deutliche Steuererhöhungen für Reiche in Frankreich für den Fall seiner Wahl angekündigt – das würde natürlich überhaupt nicht in das Konzept von Bundeskanzlerin Merkel passen und dem „Duo Infernal“ ein Ende bereiten.

Banken und EZB:

Abgesehen von den verschuldeten EU-Staaten benötigen auch die Banken Geld. Zum einen eine höhere Eigenkapitalquote und zum anderen Mittel der EZB, um das Kreditgeschäft aufrecht zu erhalten. Zu diesem Zweck „überschwemmt“ die Europäische Zentralbank die Geldhäuser derzeit geradezu. Laut „Zeit-Online“ vom 22.11.2011, leihen sich die

Banken derzeit 529,5 Milliarden Euro für einen Zeitraum von drei Jahren und zu günstigen Zinsen von einem Prozent. Damit soll gewährleistet werden, dass der Wirtschaft weiterhin ausreichend Kredite zur Verfügung gestellt werden, denn die Banken trauen sich untereinander nicht und verleihen sich gegenseitig nur Geld zu weitaus ungünstigeren Konditionen.

Gegen Ende des vergangenen Jahres stand fest, dass sie ihr Eigenkapital aufstocken müssen, um ausreichende Sicherheiten für die Kreditgeschäfte zu haben. *„Banken brauchen viel mehr Geld“*, überschreibt die „Süddeutsche Zeitung“ am 13. Oktober 2011 einen Bericht über die Diskussion innerhalb der EU. *„Wir müssen die Zweifel an der Stabilität unseres Finanzsystems ausräumen, um wieder normal wirtschaften zu können“*, wird eine Rede des EU-Kommissionspräsidenten Barroso vor dem EU-Parlament zitiert. Es geht um Summen zwischen 50-300 Milliarden Euro, um welche die Eigenkapitalquoten erhöht werden sollen. Die bisherige Quote von 4,5% an Eigenkapital gemessen an der vergebenen Kreditsumme, soll auf neun Prozent ausgeweitet werden.

Die Banken selbst waren von den Forderungen allerdings nicht besonders angetan. *„Der deutsche Privatbanken-Verband BdB übte scharfe Kritik an den Vorschlägen von Barroso. Hauptgeschäftsführer Michael Kemmer warf ihm Hektik und Kurzatmigkeit vor“*, erfährt man aus dem Artikel. Nach Ansicht des Verbandes würde man mit diesen Maßnahmen nicht die Ursachen der Krise bekämpfen. Auch der Chef der Deutschen Bank, Josef Ackermann, kritisiert dies laut eines Artikels der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 14. Oktober 2011. *„Deutsche Bank kämpft gegen Staat als Aktionär“*, lautet die Schlagzeile. *„Der Vorstandsvorsitzende kritisierte in Berlin die von Politikern angestoßenen höheren Kapitalvorschriften für europäische Banken zur Lösung der Staatsschuldenkrise als kontraproduktiv“*, heißt es in dem Artikel. Hintergrund seiner Argumentation war seine Befürchtung, dass das zusätzliche Kapital nicht von privaten Anlegern, sondern vom Staat kommen würde, was einer „Verstaatlichung“ gleichkäme. *„Die Deutsche Bank wird alles tun, um eine Zwangskapitalisierung zu vermeiden“*, wird Ackermann zitiert. Die Drohung: *„notfalls werde man sich lieber von strategisch wichtigem Geschäft trennen“*, fügte er noch hinzu.

Angesichts der Ursachen der Krise am Beispiel des Zusammenbruchs der US-Bank Lehmann Brothers aufgrund eben nicht gedeckten Kapitals durch den Wertverlust amerikanischer Immobilien wird deutlich, dass die Aufstockung des Eigenkapitals der Banken sehr

wohl ein wichtiger Schritt in Richtung Krisenbewältigung ist. Zudem wurde im weiteren Verlauf des Jahres immer deutlicher, dass viele Geldinstitute schon wieder durch entsprechende Mittel gestützt werden mussten, um den Kreditmarkt und somit die Wirtschaft aufrecht zu erhalten. *„Banken fehlen 115 Milliarden Euro“*, titelte die „Frankfurter Rundschau“ am 8. Dezember 2011 zu dem Ergebnis des „Stresstestes“ der Europäische Bankenaufsicht EBA, welcher kurz zuvor stattgefunden hatte. *„Den europäischen Großbanken fehlen nach Berechnungen der EU-Bankenaufsicht EBA insgesamt 114,7 Milliarden Euro. Bislang war man von einer Lücke von 106 Milliarden ausgegangen (...)“*, erfährt man in dem Bericht der „FR“. Gleichzeitig ist zu lesen, dass aufgrund dieses Ergebnisses auch die Ratingagentur „Standard & Poors“ eine *„verschärfte Beobachtung“* von Banken wie der Deutschen Bank, der Commerzbank und verschiedenen französischen Geldhäusern anstrebt. *„Das größte Loch unter den deutschen Instituten mit bis zu fünf Milliarden Euro wird bei der Commerzbank erwartet, an der der Staat ein Viertel der Anteile hat. Der Deutschen Bank fehlen nach früheren Angaben drei Milliarden Euro“*, geht weiter aus dem Artikel hervor.

Am 22. Dezember 2011 wird deutlich, wie gefährlich dicht Europa bereits schon wieder an der nächsten Finanzkatastrophe vorbeischrämmt. *„Europäische Zentralbank stützt Geldinstitute“*, lautet die Überschrift über einem Absatz der „FR“, der es an Dramatik nicht mangeln lässt. *„Die Europäische Zentralbank greift zu immer drastischeren Mitteln, um den Zusammenbruch des europäischen Finanzsystems zu vermeiden. Am Mittwoch fand ihr neues Kriseninstrument – Zentralbankgeld für die ungewöhnlich lange Laufzeit von drei Jahren – großen Absatz. 523 Institute liehen sich nach offizielle Angaben gut 489 Milliarden Euro“*. Den Grund hierfür lieferte dem Artikel zufolge der zu dem Zeitpunkt neu ins Amt eingeführte Chef der EZB, Mario Draghi, mit dem Zitat: *„Das Geld zirkuliert einfach nicht“*. Weiter heißt es, *„die Eurokrise hat zu einer so tiefen Verunsicherung geführt, dass sich die Banken schon seit Monaten kaum mehr Geld leihen“*. Gerade im kommenden (2012) bräuchten die Banken jedoch Kapital, da viele Staatsanleihen Griechenlands, Spaniens, Italien und Portugals fällig werden würden und diese ansonsten keine Abnehmer für weitere anleihen finden würden – der endgültige Kollaps der EU-Staaten droht somit.

Der Run auf das billige Geld geht jedoch weiter. *„800 Banken saugen 530 Milliarden auf“*, heißt es in einer Überschrift der „Financial Times Deutschland (FTD)“ aus einem Onlineartikel der Wirtschaftszeitung vom 29.2.2012 zu dem Thema. *„Zum zweiten Mal vergibt die EZB Geld zu Billigstkonditionen über drei Jahre. Dabei greifen fast 300 Banken mehr zu,*

als im Dezember – nachdem EZB-Chef Draghi zu viel Männlichkeit kritisiert hatte“, wird berichtet. Gemeint war damit die anfangs zögerliche Haltung der Geldhäuser, weil sie befürchteten, ein Zugriff auf die bereitgestellten Kredite der EZB würde sie in ein schlechtes Licht stellen. Inzwischen wurde im deutschen Bundestag das Gesetz zur Neuauflage des Bankenrettungsfonds „Soffin“ II verabschiedet, das Garantien für die inländischen Geldhäuser in Höhe von 480 Milliarden Euro beinhaltet – diese werden im Bedarfsfall übrigens vom Steuerzahler getragen. Der Rettungsfonds funktioniert im Prinzip wie der erste aus 2008 mit der Besonderheit, dass „...wenn ein Geldhaus sich verspekuliert hat, kann es nach dem neuen Gesetz auch Staatsanleihen in Bad-Banks – die mit Garantien gestützten Sammelstellen für wackelige Wertpapiere – ausgliedern“, wie es in einem Bericht der „FR“ vom 20.1.2012 dazu heißt. Die Opposition im Bundestag hat dies jedoch an einer Forderung geknüpft: *„Diesmal müsse der Gesetzgeber zum Schutz der Steuerzahler eine teilweise Zwangsverstaatlichung von Banken, wie in den USA praktiziert, ermöglichen...“*

Die schwarzgelbe Regierung Merkel reagierte darauf mit der gleichen Beratungsresistenz, wie gegen andere Vorschläge oder Forderungen. Dabei kommen diese nicht etwa von linken „Systemkritikern“ sondern von Leuten wie der neuen Chefin des Internationalen Währungsfonds (IWF), Christine Lagarde. Diese hatte einen Dreipunkteplan vorgestellt, der eine *„Politik für mehr Wachstum, eine Aufstockung des Rettungsfonds und eine vertiefte politische Integration“* beinhaltet, wie in einem weiteren Artikel der „FR“ vom 20.1.2012 zu lesen ist. In dem Programm wird für größere finanzielle Anstrengungen – sprich Investitionen – geworben, um die Konjunktur anzukurbeln und die überschuldeten EU-Staaten zu entlasten. Konkret sprach Lagarde sich für die Aufstockung des künftigen Rettungsfonds ESM auf mindestens eine Billion Euro aus; die Bundeskanzlerin Angela Merkel lehnte das strikt ab. Ebenso war sie nicht begeistert von Lagardes Plänen zu Euro-Bonds.

Der Hintergrund dazu ist möglicherweise auch die Politik der Bundesbank, die sich klar von derjenigen der EZB abgrenzt, wie der „SPIEGEL“ in seiner Ausgabe 10/2012 berichtet. *„Während sich Präsident Draghi über den vermeintlichen Erfolg seiner Milliardenflut für die Geldhäuser freut, warnt Bundesbank-Chef Weidmann vor den Risiken“*, überschreibt das Nachrichtenmagazin seinen Artikel und zeigt damit schon auf, in welche Richtung der Text steuert. Es geht um unterschiedliche Ansichten über die Auswirkungen der oben bereits beschriebenen „großzügigen Ausschüttung“ der EZB. Nach Ansicht des Bundesbankchefs Weidmann geht die Großzügigkeit Draghis zu weit. *„Die Maßnahmen seien im Grunde zwar*

richtig, aber ihre Konditionen sehr generös, klagt Weidmann“, schreibt der „SPIEGEL“. Er befürchtet durch die günstigen Kredite die Bildung einer neuen Blase z.B. auf dem Immobilienmarkt. Zudem scheint es, folgt man dem Artikel weiter, eine Art Nord-Süd Auseinandersetzung im Rat der EZB zu geben. *„An der Spitze der Zentralbank sitzen mit Mario Draghi und seinem Vize Viktor Constancio gleich zwei Vertreter finanzschwacher Länder“*, heißt es weiter. Diese Mehrheitsverhältnisse italienischer, spanischer, portugiesischer, griechischer und französischer Beisitzer in der EZB gefällt einer Minderheit aus Belgien, Finnland und Deutschland offensichtlich nicht – man vertröstet sich aber dem Bericht zufolge auf die Zeit nach Draghi.

Eine Beurteilung der Argumente für oder gegen die Politik der EZB fällt nicht ganz leicht. Einesteils sind die Befürchtungen einer erneuten Blase im Hinblick auf die allzu leichte Vergabe von Krediten durchaus nachvollziehbar – allerdings werden die günstigen Zinsen, welche die Banken von der EZB bekommen, nicht an die Wirtschaft und die privaten Kreditnehmer weitergereicht. Im Gegenteil, die Banken haben ja gerade dadurch Gewinne gemacht, dass sie günstiges Geld bekamen und es für teure Zinsen – erst recht nach den Beurteilungen der Ratingagenturen – weitergereicht haben. Die gefährdeten Staatsanleihen der Schuldenländer haben sie zudem an die EZB abgegeben. Außerdem gilt noch immer das bereits genannte Beispiel Deutschlands, welches in der Krise 2008/9 durch Investitionsprogramme besser hindurchgekommen ist, als viele der europäischen Nachbarn. Der dennoch hohe Schuldenstand der Bundesrepublik rührt nicht daher, sondern hat eher etwas mit der Verteilungs- und Steuerpolitik zu tun.

Expertenmeinungen:

Doch lassen wir die Experten zur Frage der Ursachen und Bewältigung der Krise noch einmal anhand der entsprechenden Zeitungsartikel zu Wort kommen. *„Nur mit Sparen ist keine Rettung möglich“*. Mit dieser Schlagzeile eröffnet die „Salzgitter Zeitung“ am 26. Oktober 2011 ein Interview mit Markus Spiwoks, Wirtschaftsprofessor an der Ostfalia-Universität Braunschweig. Als Alternative zu den jetzigen Rettungsversuchen nennt Spiwoks die Verlängerung der Laufzeiten griechischer Staatsanleihen. *„Dadurch hätte Griechenland Zeit gehabt, sich zu sanieren. Dafür ist es nun allerdings zu spät“*, wird er zitiert. Weiter stellt er fest: *„Die griechische Volkswirtschaft liegt am Boden. Der Sparkurs mit dramatischen Renten- und Gehaltskürzungen hat die Binnennachfrage abgewürgt.“* Auf Deutschland und seine Schulden bezogen antwortet er, dass Schuldenreduzierung nur

langfristig funktionieren könne. *„Dabei muss der Staat nicht nur weniger Geld ausgeben, sondern auch mehr einnehmen – zum Beispiel über eine Vermögens- und Börsenumsatzsteuer oder durch die Reform der Erbschafts- und Unternehmenssteuer“*, betont er. Auf die Frage nach dem Vorwurf des „Lebens über die Verhältnisse“, welcher den verschuldeten Staaten stets entgegengebracht wird, antwortet er deutlich: *„Diese Haltung ist eine Frechheit. In der Finanzkrise mussten viele Banken mit staatlicher Hilfe gerettet werden, weil sie sich verspekuliert hatten. Vor der Krise betrug Deutschlands Staatsverschuldung 66 Prozent gemessen am BIP. Heute sind es 84 Prozent“*.

Ähnlich sieht es Dierk Hirschel, Chefökonom der Gewerkschaft ver.di, ebenfalls in einem Interview der „Braunschweiger/ Salzgitter Zeitung“ am 6.12.2011, das bereits in der Überschrift deutlich macht: *„Die Südeuropäer haben mitnichten über ihre Verhältnisse gelebt“*. Die vielfach behauptete zu stark gestiegene Lohnquote z.B. in Griechenland verneint Hirschel deutlich. *„Die Lohnquote ist nicht gestiegen. Das Stück der abhängig Beschäftigten vom Kuchen ist bestenfalls gleich groß geblieben“*, erklärt er. Bei der Problemlösung kommt er dem Artikel zufolge *„...zu anderen Ergebnissen, als die Bundesregierung. Die Staatsfinanzierung muss von den Kapitalmärkten entkoppelt werden (...). Die geplanten Änderungen der europäischen Verträge hält Hirschel für desaströs, die Maastricht-Kriterien und die Schuldenbremse für einen Irrweg“*. Stattdessen brauche Europa seiner Meinung nach *„eine gemeinsame Wirtschaftspolitik, die Handelsungleichgewichte harmonisiere, eine Angleichung der Löhne und neue Regeln für den Kapitalmarkt“*.

Auch außerhalb der Gewerkschaften und Deutschlands gibt es Ökonomen, die ähnliche Ansichten vertreten. Der in der „FR“ vom 10.12.2011 als „Starökonom“ bezeichnete japanische Chef des „Nomura Research Institut of Tokio“, Richard Koo, macht deutlich: *„Sparen wäre jetzt der schlimmste Fehler“*. Er erklärt das damit, dass die Spareinlagen des einen die Kredite des anderen wären, weil ja niemand mehr Geld ausgibt. Er zieht sogar als Gefahrenpotential Vergleiche zur Rezession und Depression von 1929, die den gleichen Mechanismen gefolgt wäre. Als Beispiel nennt er sein Heimatland: *„...man braucht sich nur das japanische Beispiel anzuschauen, um zu wissen, wozu das führt. Anfang der Neunziger hat Japan zunächst viel Geld in Umlauf gebracht, die Konjunktur wurde schnell stabilisiert. Dann wurde sie ungeduldig und hat 1997 eine große Etatkonsolidierung eingeleitet mit dem Ergebnis, dass die Wirtschaft im Rekordtempo zusammengebrochen ist“*.

Der an der renommierten Universität Harvard lehrende Professor für Volkswirtschaftslehre, Hans-Helmut Kotz, ergänzt das ebenfalls in der „FR“ vom 8. Januar 2012. Am Beispiel der Bankenkrise in Irland macht er deutlich, wie aus *„privater, potentiell staatliche Überschuldung“* wird, weil die Geldinstitute Spekulationsblasen finanzieren. Als wirklich schwerwiegendes Problem sieht er aber nicht die Verschuldung selbst, die lediglich *„ein Resultat“* wäre. Als Ursachen nennt er die in vielen Ländern bestehende hohe Arbeitslosigkeit und die damit verbundene Armut. Positiv bewertet er die Konjunkturprogramme der deutschen Bundesregierung 2008/9 mit dem Stichwort Abwrackprämie. *„Das hat die Regierung damals erfolgreich hinbekommen. Diese Impulse sind mit dafür verantwortlich, dass Deutschland so rasch wieder das Vorkrisenniveau erreicht hat“*. Ebenso wie zuvor Markus Spiwoks spricht er davon, dass Schuldenreduzierung längerfristig ins Auge gefasst werden müsse. *„Das Ziel der Wirtschaftspolitik muss es sein, die Schuldendynamik zu bremsen. Dafür müssen in der kurzen Frist Defizite hingenommen werden und in der mittleren Frist muss dann gespart werden“*.

Von Märkten und von Armen und Reichen:

In einem kleinen Exkurs sollen an dieser Stelle einmal die Begleitumstände der Krise anhand der Reaktionen der Menschen aus unterschiedlicher Betrachtungsstandpunkten dargestellt werden, weil es schon bezeichnend ist, wer sich welche Sorgen und in welcher Betroffenheitsperspektive macht. Zwei Artikel der „Süddeutschen Zeitung“ vom 17. Dezember 2011 machen das beispielhaft deutlich. *„Unsicherheit an Anleihenmärkten belastet“*, titelt der eine Artikel aus dem Wirtschaftsteil und handelt von den Befürchtungen der Aktienmärkte, dass sich die Schuldenkrise weiter negativ auf die Börsenkurse auswirkt. *„Die europäische Schuldenkrise hält die Wall Street weiter in Atem. Erleichterung über eine leichte Entspannung auf dem US-Arbeitsmarkt konnte die Sorgen wegen der Lage in Europa nicht in den Hintergrund drängen“*, liest man über die Sorgen und Nöte der Finanzmarktbranche. *„Mit Knüppeln und Fesseln“* ist der andere Artikel überschrieben. Dieser beschreibt die Problematik sozusagen von der anderen Seite des Zaunes und berichtet über die vor allem zum Jahreswechsel sehr stark angestiegene Zahl von Teilnehmern an der so genannten Occupy-Bewegung.

Der Versuch der Demonstranten, die New Yorker Börse zu umzingeln und die dementsprechenden Reaktionen des Staates und seiner Gewalten werden darin anschaulich dargestellt. *„Gelungen ist den Demonstranten nicht, die Börse zu umzingeln. Das erledigen die*

Polizisten für sie, die am frühen Morgen aufmarschiert waren (...). Je dichter das Gedränge in den engen Straßen jedoch wurde, desto häufiger wurden die Übergriffe auf die friedlichen Demonstranten. In den Rangeleien gingen die Polizisten immer wieder mit Schlagstöcken vor.“ Das Foto einer jungen Frau, die schreiend von drei Uniformierten abgeführt wird, rundet den Bericht über eine abhanden gekommene Demokratie im Falle des Rüttelns an den Grundfesten des Kapitalismus ab.

Ganz andere Bedenken haben die Verwalter und Anleger von Hedgefonds, wie ein Bericht der „FR“ vom 20. Januar 2012 mit der Überschrift: *„Hedgefonds fordern Recht auf Rendite“* deutlich macht. *„Während die Regierung in Athen um das Überleben kämpft, geht es den Gläubigern um die Rendite, die sie sich mit dem Erwerb griechischer Schuldscheine versprochen (...). Die Anleger könnten die Verluste als Verletzung ihres Rechts auf Eigentum geltend machen – und dies gilt in Europa als Menschenrecht“*, erfährt man in dem Artikel. Ohne moralisierend wirken zu wollen, möchte ich hier feststellen, dass diese Forderung der Hedgefonds eigentlich als Affront gegen jeden zu verstehen ist, der sich mit seinen Steuergeldern an der Rettung der Finanzmärkte beteiligt hat – für alle Menschen, die eigentlich ein Recht auf ein **menschenwürdiges** Leben in der EU fordern müssten, weil sie es aufgrund von staatlichen Kürzungsprogrammen, Arbeitslosigkeit, Armut etc. nicht besitzen, ist eine derartige Anspruchshaltung der Anleger ein Schlag ins Gesicht.

Die Zahl der Anleger, die direkt oder indirekt in solche Wertpapieren investiert haben, stieg im Jahr 2011 nach Angaben des Deutschen Aktieninstitutes (DAI) um 356.000 auf rund 8,7 Millionen an. Damit erreicht diese Bevölkerungsgruppe einen Anteil von etwa 13% an der Gesamtbevölkerung (ab 15 Jahren) und kann somit nicht gerade als Mehrheit bezeichnet werden. Diese Gruppe spaltet sich auch noch in Großinvestoren und Kleinanlegern. Die Zahl der Letztgenannten ist seit 2001, als etwa 13 Millionen Menschen sich den (unerfüllten) Verlockungen des so genannten „Neuen Marktes“ hingaben, stark zurückgegangen. Doch die Zahl sollte nach Ansicht des DAI wieder ansteigen. *„Aus gesellschaftspolitischer Sicht sei es nämlich anzustreben, dass möglichst breite Bevölkerungskreise am Produktkapital beteiligt würden“*, heißt es dazu in einem weiteren Artikel der „FR“ vom 13. Januar 2012. Aus meiner Sicht muss eine derartige Forderung angesichts der Gefahren einer solchen „Beteiligung“ zurückgewiesen werden – zumal erst einmal alle erwerbsfähigen Menschen in Deutschland wieder an der **Produktion** des Kapitals beteiligt werden müssen, bzw. die Möglichkeit dazu erhalten sollten. Eine bessere Beteiligung am Produkti-

onskapital kann man jedoch gern durch eine ausgeweitete Mitbestimmung für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erzielen.

Lösungsansätze?/ Fazit:

„Athen – mit einem Schuldenschnitt von historischem Ausmaß verschafft sich Griechenland Luft im Kampf gegen die Pleite“. Mit diesen Satz beginnt die Meldung einer Ausgabe von „Zeit-Online“ vom 9. März 2012 zum Thema Rettungspaket für Griechenland. Die Vereinbarung sieht vor, dass dem Mittelmeerland rund 53% der Schulden erlassen werden. Staatsanleihen werden umgetauscht und gegen neue Papiere mit weitaus niedrigeren Zinsen und längeren Laufzeiten zu Gunsten des verschuldeten Landes getauscht. „Daraus ergibt sich dann eine faktische Reduzierung des Schuldenberges um gut 105 Milliarden Euro“, so der Artikel weiter. Fraglich ist es demzufolge noch, ob der Verzicht der privaten Gläubiger als Kreditausfall zu werten ist, was möglichst vermieden werden sollte, da ansonsten die so genannten CDS, also Kreditausfallversicherungen fällig würden, was 2008 bereits zu Beinah-Pleiten einiger US Versicherer geführt hatte.

Mit diesem „Erfolg“ für Griechenland kann nunmehr auch das zweite Hilfspaket in Höhe von 130 Milliarden Euro freigegeben werden, wie „Zeit-Online“ weiter berichtet. Die hellenische Regierung feiert dies natürlich ebenfalls als Erfolg und will zudem den Teil der Gläubiger mit Schuldtiteln nach griechischem Recht, die sich noch nicht entscheiden haben zu tauschen (15,2% der Anleihen), dazu zwingen, was nach Staatsrecht möglich ist. Die anderen, außerhalb dieses Rechts ausgegebenen Anleihen sind zu 69% bereit, sich zu beteiligen – der Rest bekommt eine Nachfrist. Doch bereits im Juni 2011 warnt der „IMK-Report“ der Hans-Böckler-Stiftung in einer Ausgabe 63/2011 vor den Folgen eines einfachen Schuldenschnitts ohne nachhaltige Änderungen am System insgesamt. „Auf den ersten Blick erscheint eine Schuldenreduzierung als einfache Lösung. Allerdings ist sie mit großen Schwierigkeiten verbunden. Besonders ein nach einem Schuldenschnitt wahrscheinlicher Kollaps griechischer Banken würde den Staat zwingen, erneut Schulden aufzunehmen, um das Bankensystem zu retten (...)“, heißt es in dem Report. Als Grund wird der hohe Anteil der inländischen Banken an den Anleihen und somit am Verlust genannt. „Damit würden die Banken bei einem staatlichen Schuldenschnitt empfindlich getroffen, denn sie würden große Teile ihres Eigenkapitals verlieren“, berichtet der „IMK-Report“ weiter. Allerdings werden längere Laufzeiten und niedrigere Zinsen - allerdings auf Grundlage von gemein-

samen Euro-Anleihen – durchaus als Alternativen genannt, damit die verschuldeten Länder die Chance erhalten, sich zu sanieren.

Eine der am häufigsten genannten Maßnahmen zur Eindämmung der sich im „Wildwuchs“ befindlichen Finanzmärkte ist und war die so genannte Finanztransaktionssteuer – auch als nach dem US-amerikanischen Ökonom James Tobin bezeichnete „Tobin-Steuer“ bekannt. *„Das Ungeheuer von Loch Ness taucht auf“*, titelt dazu die „Frankfurter Rundschau“ am 12. Januar 2012 und stellt fest, dass *„darüber schon lange“* diskutiert wird. Historisch betrachtet habe sich schon *„1936 der britische Ökonom John Maynard Keynes dafür ausgesprochen, mit einer Transaktionssteuer die Vorherrschaft der Spekulanten in den USA zu brechen“*, so der Artikel. Allerdings ist dieser Vorschlag niemals wirklich in die Tat umgesetzt worden. *„Auf globaler Ebene leisten die Supermächte USA und China Widerstand“*, erklärt die „FR“ dazu.

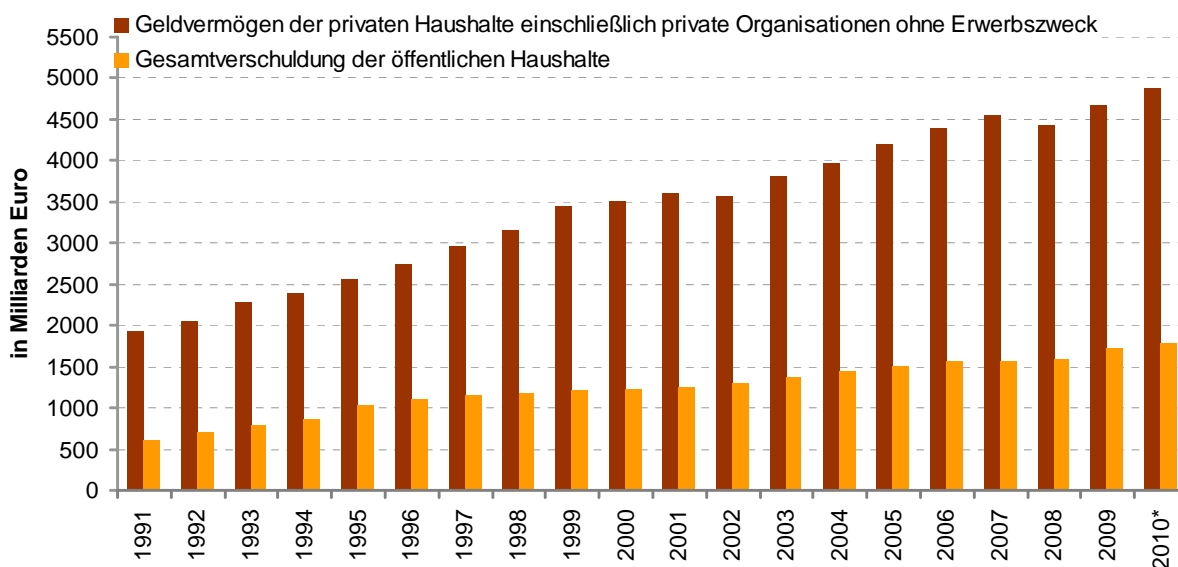
Richtig ist wohl, dass es auch in der EU und vor allem in der deutschen Bundesregierung trotz der Scheinwende von Kanzlerin Merkel (siehe oben) diese Widerstände gab und gibt. Die FDP versuchte, die Annäherung der Kanzlerin an das Wahlkampfthema von Nicolas Sarkozy zu torpedieren und es gelang ihr auch offensichtlich, wie ein weiterer Artikel zu dem Thema am folgenden Tag (13.1.12) in der „FR“ beweist. *„SPD Minister Friedrich kritisiert Merckels Einknicken vor der FDP“*, lautet die Unterschrift des Berichtes. *„Nach Protesten der FDP ruderte Merkel am Mittwoch zurück. Sie habe ihre persönliche Meinung wiedergegeben, könne auf internationaler Ebene aber nur gemeinsame Positionen der Koalition vertreten“*, erläutert der Artikel die abermalige Kehrtwende der Kanzlerin. Trotz der sporadisch immer wieder aufflackernden Forderungen nach der Steuer, z.B. in Höhe von 0,1% des Wertes der jeweiligen Transaktion, scheint die Steuer, für die angeblich viele sind, sich doch nicht durchsetzen zu können.

Ein weiterer Punkt ist die Begrenzung der Macht der Ratingagenturen als Bollwerk gegen von ihnen vorgenommene Herabstufungen mit den bereits beschriebenen Folgen. *„Union gegen Rating-Agenturen“* überfällt dem Leser fast die Überschrift am 16. Januar 2012, wieder in der „FR“ *„CSU schlägt Gesetzesänderung vor, um Macht der Agenturen zu begrenzen. FDP signalisiert Zustimmung“*, wird das Ganze noch untertitelt. Hintergrund ist die kurz zuvor stattgefunden habende Herabstufung von insgesamt neun EU-Staaten durch die Agentur „Standard & Poors“, die man durchaus als Angriff auf die europäische Währung

verstehen konnte. Doch ebenso heftig, wie der Sturm der Empörung und die „neuen“ Ideen aufkamen, verschwanden sie auch wieder in der Versenkung. Mit dem nun kürzlich beschlossenen Rettungspaket für Griechenland und dem Schuldenschnitt scheint man sich – zumindest auf der Medienebene – zunächst einmal zufrieden zu geben, als sei die Krise damit behoben oder gar beseitigt. Als Ergebnis und Lehre aus der Schuldenkrise gibt es also derzeit weder eine gemeinsame Anleihe auf EU-Ebene, um sich vor den Angriffen auf einzelne Mitgliedsstaaten zu schützen, noch versucht man wirklich ernsthaft der Spekulationen z.B. durch die genannte Finanztransaktionssteuer oder durch das Brechen der Macht der Ratingagenturen Herr zu werden; ganz zu schweigen von der Einsicht, dass ganze Volkswirtschaften durch die kurzfristigen Sparprogramme zusammenzubrechen drohen.

Über die Interessenlage der einzelnen Handelnden kann man natürlich nur spekulieren. Weshalb die dargestellten Lösungsansätze trotz einzelner Erfolgsbeispiele (siehe Konjunkturprogramme in Deutschland) nicht beachtet werden; weshalb Ökonomen wie Hirschel, Koo und Kotz kein Gehör finden und weshalb sich die EU-Staaten seit Jahrzehnten selbst die Handlungsfähigkeit durch einen Wettbewerb immer niedrigerer Unternehmens- und Vermögenssteuern nehmen, kann eigentlich nur mit der neoliberalen und neokonservativen Grundausrichtung der Politik in Verbindung mit einem immer mehr an Macht gewinnenden Kapital zusammenhängen. Die folgende Graphik verdeutlicht noch einmal die Vermögensverhältnisse am Beispiel Deutschland und untermauert diese These.

Geldvermögen der privaten Haushalte und Gesamtverschuldung der öffentlichen Haushalte in Deutschland seit 1991



Quelle: Deutsche Bundesbank; Allianz Global Investors * Schätzung

Die bestehenden Machtverhältnisse und der deutliche Anstieg des privaten Vermögens aber auch der Armut in den letzten Jahren macht sichtbar, dass vor allem den Interessen der Vermögenden und der Unternehmen nachgekommen wurde. Diejenigen, die darunter zu leiden haben, sind fast ausschließlich die Teile der Bevölkerung, deren finanzielle Situation sich eben nicht durch Kursgewinne und Spekulationen verbessern, sondern die abhängig beschäftigt sind oder von Sozialleistungen (z.B. der gesetzlichen Rente) leben. Geschäftsführend eingesetzte Präsidenten wie in Griechenland und Italien, aber auch aus wirtschaftlich dominierenden Ländern stammende, gewählte Politiker/Innen wie Merkel und Sarkozy, die ihre wirtschaftlich begründeten Aufträge über andere Staaten stülpen und dort für große Verdrossenheit und teilweise Hass bei den betroffenen Menschen sorgen, bedeuten über kurz oder lang das Ende einer Demokratie, wie sie eigentlich für einen nach zwei verheerenden Weltkriegen und furchtbarer Diktatur geschüttelten Kontinent gedacht war. Das ist neben den finanziellen und wirtschaftlichen Auswirkungen die wahre Krise, die nach wie vor besteht und sich immer mehr ausbreitet. Eine Krise des Vertrauens der Menschen in ihre Politiker und deren Entscheidungen. Dieser Vertrauensverlust besteht meiner Meinung nach zurecht. Darüber müssen wir uns als Bevölkerungen klar werden und es gilt, dies mit demokratischen Mitteln zu bekämpfen und wieder zurechtzubringen.